

22.3.2018, StVV – HH-Rede f. Linke/Liste Solidarität:

Dank an Verwaltung/Kämmerei für schnelle und kompetente Arbeit unter ungewöhnlichen Bedingungen, schnelle + aufklärende Antworten auf Anfragen in erster Ausschusssrunde und per Email eingereichten zur HH-Fortschreibung.

Einfügung als Reaktion auf vorausgehende HH-Rede von T. Weber/CDU: Erstmal klang die erfreulich versöhnlich, aber dann – unter Berufung auf BM von Langenfeld/NRW: wir müssen neue Wege beschreiten, wer nicht bereit ist, die mitzugehen **ist raus** (= wieder die alten Fehler). Aber: wie neue Wege aussehen, wohin sie führen sollen ... muss erstmal debattiert werden, das kann nicht von jemand einfach so vorgeschrieben werden.

Guter Brauch seit 5 Jahren, jetzt zum letzten Mal: Anfang mit **Zitaten von Patrick Burghardt:**

„Ich werde am 26.10.2017 den Haushalt einbringen und dabei meine Konsolidierungsvorschläge vorlegen“

*Nicht verwendet: Herausgegriffen sei hier nur ein exemplarisches Zitat des **ehemaligen** „Wirtschaftsweisen“ Herbert Giersch:* „Dies heißt Privatisierung und Deregulierung und ein Kürzen der Staatsausgaben. Widerstand gegen das Abspecken des Staates auf der Ausgabenseite kommt von der Bürokratie und den Subventionsempfängern. Wahrscheinlich muß daher das Abmagern auf der Steuerseite ansetzen: Steuersenkungen zum Mobilisieren des Diktats der leeren Kassen. Dies läßt allerdings, wie die Erfahrung zeigt, die Staatsdefizite steigen.“, *Europas Wirtschaft 1991. Ordnungspolitische Aufgaben in Ost und West,*) -> Druck Richtung Privatisierung (privare=rauben) und Ökonomisierung (ungleich effektives Arbeiten).

CDU/FDP/FWR/WsR-Vorstellung: Wir sind eine Art Aufsichtsrat des Unternehmens Stadt, geben Ziele (Kennzahlen vor) und gucken dann, dass die erfüllt werden („budgetorientiert“). In der fälschlicherweise frei genannten kapitalistischen Privatwirtschaft: Ziel Profitmaximierung zwecks Kapitalakkumulation. Aber: die öffentlichen Angelegenheiten sind nach GG und Landesverfassung und Gemeindeordnung und Baugesetzbuch und Sozialgesetzbüchern demokratisch !!! organisiert - und sozial orientiert - zu gestalten. Also wir als VertreterInnen auf Zeit des Souveräns haben zu sagen: da muss noch ne Kita hin, in den Stadtbüros brauchen wir mehr Personal oder auch Computer (was die CDU ja – widersprüchlich - tut, Hauptsache Personalabbau bzw. kein Personalaufbau?!), diese Schule und jenes EKZ muss als erstes saniert werden, in diesem Wohngebiet wollen wir x% geförderten Wohnungsbau, in jenem Industriedenkmal wollen wir mittels B-Plan bestimmte Nutzungen zulassen, nicht zulassen, festschreiben., in jenem Quartier wollen wir mehr für Jugendförderung und einem anderen oder zentral was für die Senioren tun.

Was sind **neben dieser tendenziellen Demokratieverweigerung die tatsächlichen Probleme** Rüsselsheims. Dazu Blick in den aktuellen **Sozialdatenmonitor** des Kreises:

a) Anteil der Beschäftigten am Arbeitsort = 78 % (sehr hoch, allerdings Männer 105, Frauen 49), die erwirtschaften/produzieren auch weit überdurchschnittliche Werte (130% des Bundesdurchschnitts pro EinwohnerIn) – die Unternehmenseigner die daran verdienen zahlen allerdings hier nur unterdurchschnittlich Gewerbesteuer – insbesondere natürlich GM/Opel/PSA. Und der Anteil der Einwohner mit sozialvers.pflichtiger Beschäftigung ist unterdurchschnittlich (gg. Kreis u Hessen),

Arbeitslosenquote überdurchschnittlich. Außerdem Beschäftigte (24.489) + registrierte Arbeitslose (2829) = 27.318 << Arbeitsfähige = 43.596

b) SGBII (=Hartz IV) – Quote = 14% = überdurchschnittlich, Quote von Soz.- und Transferleistungen unter 15 J = 24,87 % (ein Viertel aller Kinder!), Quote erzieherische Jugendhilfe mit 3,1, % überdurchschnittlich ... Quote H4 bei Alleinerziehenden 27 % (2014, !!! neuere Zahlen wg, Statistikänderung nicht verfügbar), Ursachen z.T. nicht genug Ganztagsbetreuung + Gebühren zu hoch (jetzt nach teilweiser Gebührenbefreiung für Ü3 erst recht: bei U3 Gebühren runter!)

Aufgrund solcher sehr unterschiedlicher Voraussetzungen und sehr unterschiedlicher Steuereinnahmen pro Kopf ist ein verfassungsmäßiger KFA so wichtig. Hat sich durch „Alsfeld-Urteil“ des Verfassungsgerichts (Staatsgerichtshof) ja schon deutlich der Verfassungsmäßigkeit angenähert (*Einschub*: vgl. Bemerkungen dazu von M. Schmitz-Henkes/Grüne, *deshalb kein Bezug auf Infos aus HH-Rede von 12/2016, s.u.*)

Mythen der „Schwarzen Nuller“:

- **Personalwachstum + 200 Stellen** (s. PE zu CDU-Sparerer:

#####

CDU beschimpft, statt die eigene Verantwortung wahrzunehmen, den Personalrat. Der mache sich dazu nicht genügend Gedanken. Und der jammere völlig unberechtigt über Erschöpfung und hohen Krankenstand in vielen Bereichen.

Denn, so die CDU, es seien für 2018 doch 25 Prozent bzw. **knapp 200 Stellen mehr als für 2013** geplant. Dass davon allein **134 Stellen im Sozial- und Erziehungsbereich**, hauptsächlich wegen der deutlich zunehmenden Kinderzahl bei den Kitas anfallen, verschweigt die CDU. Und ca. 70 dieser Stellen stehen im Haushalt als Platzhalter bei noch zu bauenden Kitas und Kinderkrippen, für die werden 2018 also noch keinerlei Kosten anfallen. Und weitere etwa 25 Stellen in existierenden Kitas sind nicht besetzt. Aber Herr Ohlert von der CDU behauptet trotzdem, die Aussage der Personalräte über erschöpfte Mitarbeiter*innen stehe „im Widerspruch zu den Tatsachen“. Weitere Stellen entstanden wegen der Übernahme der Schulsozialarbeit durch die Stadt, wofür aber die Bezahlung an den bisherigen externen Erbringer dieser Aufgabe entfällt. Von den knapp 65 gegenüber 2013 zusätzlichen Stellen in der eigentlichen Verwaltung sind in Burghardts (CDU) Zeiten 7,25 in dessen engster Umgebung dazu gekommen, weiterhin zehn von der CDU forcierte Stadtpolizisten, acht Mitarbeiter der Werkstätten wurden mit ihren Tätigkeiten von den Betriebshöfen in die städtische Verwaltung übernommen. ... Solche Detailinformationen stören bei der Personalratsbeschimpfung natürlich.

#####

Personalausgaben 2017 inkl. Betriebshöfe+K123 real 5% niedriger als Mitte 90er Jahre),

- **Geld rausgeschmissen** (die tollen Sparer von der CDU u.a. wollten 36 Mio für ne Brücke zum Parkdeck der Supermall ausgeben, sie haben 8 Mio öffentliche Gelder netto für 10 Tage schöne HT-Party ausgegeben, ca. 7 Mio mehr für Neubau Lachebad statt Sanierung...), Geld für Schulen, Kitas, Jugendhilfe und –förderung, Seniorenleitstelle ... ist nicht rausgeschmissen.

- **überdimensionierte Infrastruktur** (weder bei Schulen, noch bei Kitas, noch bei Jugendzentren, noch für die Jugendhilfe, höchstens ein paar zu breite Straßen)

Wir haben wie jedes Jahr mit HH-Anträgen (z.T. mit Bündnispartnern) versucht, unsere kommunalpolitischen Vorstellungen in den Haushalt einzubringen.

Was haben wir bekommen?

noch nicht mal die 2 nicht vorhandenen Stapos gestrichen = „freiwillige Leistung“ von nahezu 800 Tsd Euro (netto > 500 Tsd), stattdessen gegen unsere Stimmen Raucherpausen, Kerbevormittag, Geburtstagsfrei, Fachliteratur! gestrichen, ... , an der GHS in Kö geht's immer noch nicht richtig los.

Weggelassen da im Kern schon von M. Schmitz_Henkes/Grüne dargestellt: Was konsolidiert den Haushalt : 1.) KFA-Alsfeld-Urteil + Konjunktur: -> + 26,6 Mio (2012 zu 2017; Prognose f. 2021: + 39 Mio) ; Umsatz-/Einkommenssteueranteil : + 8 Mio (vgl 2017 zu 2012), Grundsteuer: + 10-11 Mio

Das ist auch richtig so, nur nicht genügend: Wie von Linke/Soli und Schüllermann klar formuliert: HH-Ausgleich nicht aus eigener Kraft

Immerhin: bei Kita-Verwaltung, Schulverwaltung, Gebäudewirtschaft, beim Brandschutz und bei Stadtbüros passiert jetzt was, unsere Anträge letztes Jahr wurden noch abgelehnt – manchmal dauert das Lernen und die Einsicht halt etwas länger. **Max Weber: „Die Politik bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich.“** . Wir stimmen diesem Haushalt zu, Bohren aber weiter mit Leidenschaft und Augenmaß.

+++++

Nicht verwendet: zu CDU/FDP/WsR „Einsparungen durch strukturelle Änderungen – da geht keiner ran“: tatsächlich 2003 Sozialstation ans GPR, 2003/2004 Übergabe Stadtteilbüchereien an Vereine (hätte da radikaler strukturell geändert werden sollen – durch Schließung?), 2005 Sozialhilfe an Kreis, 2006 Grünpflege an Betriebshöfe, 2007 Gründung Eigenbetrieb Kultur, 2013 Stabü -> K123, 2016 Auslagerung Betriebshöfe an AöR, laufend Personalabbau (+Schließung Jugendtreffs) bei Jugendhilfe und Jugendförderung -> Maßnahmenkauf bei Privaten, Zentralisierung Seniorenarbeit ...

++++ aus HH-Rede 2017 in 12/2016 , 2018 nicht verwendet + + + + +

Noch einige Überlegungen zu den KollegInnen, die den Haushalt(+Schule) ablehnen wollen, weil Rüsselsheim zu viele Schulden hat.

*Jahrelang Mantra von CDU/FDP/Rüssel/Grüne+SPD teilweise:) „Rüsselsheim hat ein Ausgabeproblem“, CDU hat gar den Kämmerer von Gelsenkirchen geholt, damit er das nach-/vor-plappert. **Tatsächlich hatte Rüsselsheim im Vergleich mit dem Durchschnitt der übrigen Sonderstatusstädte 20 MioEuro zuwenig Deckungsmittel). Rechnen wir das mal über die 15 Jahre 2001 bis 2015 -> 300 Mio, (ab 2016 gibt es ja die verfassungsgerichtlich erzwungene Reform des kommunalen Finanzausgleichs) Und auf die durchschnittlich 150 Mio Schulden noch angenommene durchschnittlich 4% Zinsen in diesem Zeitraum ergibt in **Summe 390 Mio. Schuldenstand Rüsselsheim Anfang 2016: 275 Mio + 129 Schutzschirmumbuchung = 404 Mio).** Dann „Schutzschirm“ als erstes klares Eingeständnis: es liegt nicht die Hauptverantwortung bei den Kommunen. **Linke/Soli: natürlich unnötige Ausgaben vermeiden**, wie Neupflasterung für 4 Mio, Brücke zur Supermall 36 Mio, Ausgaben für stationäre Jugendhilfe durch Personal für Prävention/frühzeitiges Eingreifen; aber Einnahmenseite ist die Wurzel des Übels; und als linke Radikalinskis gehen frau/man natürlich am die Radix=Wurzel ran: zwei wesentliche Einnahmefaktoren: Steuern -> Kommunalsteuerreform sowie Zuweisungen von Bund und Land (die brauchen natürlich auch eine ergiebigerere Einkommenssteuer mit Entlastung von niedrigen Einkommen und deutlich höherem Spitzensteuersatz = „solidarische Einfachsteuer“ + Vermögenssteuer ...):***

Verfassung Hessen Artikel 137 Zitat:

+++++

*(5) ¹Der Staat hat den Gemeinden und Gemeindeverbänden die zur Durchführung **ihrer eigenen und der übertragenen Aufgaben erforderlichen Geldmittel** im Wege des Lasten- und Finanzausgleichs zu sichern. ²Er*

stellt ihnen für ihre freiwillige öffentliche Tätigkeit in eigener Verantwortung zu verwaltende Einnahmequellen zur Verfügung.

+++++

Nun hat der Staatsgerichtshof (als Verfassungsgericht) im Mai 2013 festgestellt:

+++++

- Die „Finanzielle Mindestausstattung“ muss so bemessen sein, dass die Kommunen
a. ihre Pflichtaufgaben und
b. ein Mindestmaß an freiwilligen Aufgaben erfüllen können. (HJK: z.B ÖPNV)

Dieses Finanzausstattungs niveau **muss vom Land unabhängig von seiner finanziellen Leistungsfähigkeit sichergestellt werden.**

- Die „angemessene Finanzausstattung“ bedeutet, dass die Kommunen
c. über die finanzielle Mindestausstattung hinaus einen Anspruch auf eine zusätzliche Finanzausstattung haben.

Dieses Finanzausstattungs niveau ist jedoch abhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes.

+++++

->>**KFA-Reform** -> netto (konservativ geschätzt) ca. 16 Mio mehr Einnahmen für Rüsselsheim (2016/17 im Vergleich zu 2011-2015). (zum kleineren Teil wg gestiegener Steuermasse). Hier waren wir die einzigen, die immer wieder auf die **Verfassungswidrigkeit** des bisherigen KFA hingewiesen hatten (**Beispiel Kinder/Jugend/Familienhilfe, 14 Mio Kosten, 1 Mio war Kompensationsumlage**, Beispiel Kitas: kommunale Aufwendungen 23,4 Mio,, Zuweisungen 4 Mio [1 Mio v. Kreis]) Aber auch jetzt ist nach unseren Berechnungen die Vorgabe des Staatsgerichtshofs bei der Mindestausstattung nicht vollumfänglich erfüllt.

Allein Pflichtaufgaben + anteilige Aufwände von Zentralbereichen (Personal, Finanz, ...) > 85 Mio, Zuschüsse+Steueranteile 84 Mio

CDU+FDP (+leider auch WsR in HuFA): nur Einnahmen erhöht, aber nix Unangenehmes getan:

Zitat aus Antwort auf Anfrage von Linke/Soli: „1996 fünf Einrichtungen der Kinder+Jugendarbeit (Kinderhaus Innenstadt, Jugendhaus Berliner Viertel, Freizeithaus Eichgrund, Freizeithaus Dicker Busch, Kinder+Jugendtreff Königstädten, dazu Auszeit-Projekte und AWO-Mädchentreff), Jetzt (2015) 1,x Einrichtungen (DiBU + Container Hassloch-Nord) und Auszeit“; Personal bei Jugendförderung war halbiert worden, jetzt haben wir letztes Jahr gerade mal ne halbe Stelle geschaffen und bei Auszeit etwas aufgestockt. Derweil in der **Jugendhilfe weiterhin zu wenig Personal** ist (hatte der Landesrechnungshof schon 2011 gerügt, denn dadurch gibt es enorme Mehrausgaben an Externe);